

BESCHLUSSPROTOKOLL II

der 15. Sitzung des Bundesrates vom 26. April 1978

1. Auslandsreisen von Mitgliedern des Rates

Herr Furgler verweist auf verschiedene Zeitungsartikel - insbesondere einen Bericht in der "TAT" vom 26. April - worin ihm vorgeworfen wird, durch mangelnde Vorinformation über seine USA-Reise Spannungen im Bundesrat hervorgerufen zu haben. Er legt deshalb Wert auf eine Berichtigung vor der Presse, der mitzuteilen ist, dass er den Bundesrat vor seiner Abreise in aller Form über seinen Reiseplan informiert hat. Der Rat ist damit einverstanden. Herr Aubert legt zum Sachverhalt dar, dass er persönlich dem Korrespondenten der "TAT" gar keine Erklärung abgegeben hat und die Auskünfte von Herrn Nordmann, nach dessen Aktennotiz über sein Gespräch mit dem Korrespondenten der "TAT", ganz anders gelautet haben.

Herr Bundespräsident Ritschard - in der Umfrage unterstützt von Herrn Hürlimann - legt Wert auf eine ganz allgemeine, klärende Aussprache über das Thema Auslandsreisen, bzw. Auslandkontakte. Die Frage, wie weit Mitglieder des Bundesrates über ihre Fachkollegen im Ausland hinaus internationale Kontakte pflegen sollen, ist nirgends geregelt und bedarf einer grundsätzlichen Klärung, so dass das Thema als Aussprache für eine der nächsten Sitzungen vorgemerkt werden sollte.

2. Winterolympiade 1988

Herr Hürlimann orientiert den Rat über die Besprechung, die er und Herr Gnägi mit einer Delegation der Kurorte Davos/St. Moritz und des Regierungsrates des Kantons Graubünden bezüglich einer Kandidatur der beiden Gemeinden für die Winterolympiade 1988 gehabt haben. Es handelt sich heute lediglich um eine Voranmeldung. Die definitive Anmeldung muss erst 1981 erfolgen. Bis dahin können die nötigen finanziellen Abklärungen getroffen werden. Der Rat ist mit dieser Voranmeldung einverstanden, wovon den Interessierten (Regierung, Bund, Gemeinden Davos/St. Moritz) sowie der Öffentlichkeit Kenntnis gegeben werden soll. Diese Voranmeldung erfolgt insbesondere unter dem Vorbehalt jeder Zusage in finanzieller Hinsicht.

3. Verhaftung von Schweizern in Kairo

Herr Furgler orientiert den Rat über die Verhaftung von drei Schweizern (zwei Männer und eine Frau) in Kairo. Sie werden angeschuldigt, an der Vorbereitung von Terroraktionen der Palästinenser gegen Aegypten beteiligt gewesen zu sein. Alle drei Schweizer sind bekannt aus ihrer Tätigkeit in links-extremen Organisationen. Die Kontakte zur Wahrung der Rechte der Verhafteten sind über das EPD eingeleitet.

4. JURA

Herr Furgler gibt bekannt, dass - nach der glücklicherweise ruhig verlaufenen Delegiertenversammlung des Rassemblements jurassien in Moutier - Herr Jaberg nun nochmals eine Aussprache über die gegen das Rassemblement jurassien allfällig zu unternehmenden rechtlichen Schritte (Verbot bzw. Auflösung als rechtswidriger Verein) wünscht.

5. Wirtschaftlicher Informationsfluss

Herr Honegger macht darauf aufmerksam, dass im Zusammenhang mit internationalen Wirtschaftstreffen oft von mehreren Departementen bei den zuständigen Stellen Informationen eingeholt werden. Umgekehrt wird beispielsweise auch die EWG-Delegation von verschiedenen Stellen informiert. Der Informationsfluss und die Verarbeitung der Information zu solchen internationalen Kontakten sollte deshalb einmal grundsätzlich besprochen werden. Der Rat ist damit einverstanden.

6. Besuch Foschi

Herr Hürlimann gibt bekannt, dass der italienische Staatssekretär Foschi demnächst zu einem Besuch in die Schweiz kommt, wo er mit den zuständigen Stellen des BIGA und des BSV Probleme der italienischen Arbeitskräfte besprechen wird.

7. Uebung APF

Herr Bundeskanzler Huber macht darauf aufmerksam, dass eine mehrtägige Uebung der APF (Abteilung Presse und Funkspruch) bevorsteht, in deren Verlauf insbesondere die Informationschef der Departemente, möglicherweise aber auch Abteilungschefs zu Interviews beigezogen werden. Interviews mit Bundesräten wurden hingegen bei den Vorbesprechungen grundsätzlich ausgeschlossen. Der Rat nimmt davon zustimmend Kenntnis.

8. Dezentralisierung der Tagesschau

Der Regierungsrat des Kantons Tessin wünscht eine Besprechung mit einer Delegation des Bundesrates über das Problem der Dezentralisierung der Tagesschau. Der Rat ist damit einverstanden, es bleibt die Festlegung eines Datums.